

Die Delikte bleiben zu oft im Verborgenen

Darum will die Solothurner Regierung künftig stärker gegen Menschenhandel vorgehen.

Raphael Karpf

Es sind Delikte, die im Verborgenen passieren. Delikte, die praktisch nur dann aufgeklärt werden können, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft besonders viele Kräfte in die Ermittlungen investieren (Ressourcen notabene, die dann an anderen Orten fehlen).

Denn Opfer von Menschenhandel oder Arbeitsausbeutung melden sich selten bis nie von sich aus bei der Polizei. Weil sie eingeschüchtert und bedroht werden, weil sie Angst haben, das wenige Geld, das sie in die Heimat schicken können, auch noch zu verlieren, weil sie die Sprache nicht beherrschen oder weil sie wegen ihrer Erfahrungen in der Heimat kein Vertrauen in die Behörden haben.

Gerade zu exemplarisch wird der Umstand durch Zahlen der Kantonspolizei belegt. Zwischen null und drei Fälle von Menschenhandel wurden in den vergangenen Jahren von der Polizei

jährlich jeweils aufgeklärt. 2014 bis 2016 ermittelte die Kantonspolizei intensiv gegen Menschenhandel und konnte einen ganzen Menschenhandel-Ring aus dem Thai-Milieu ausheben. Und so waren es 2016 gleich 50 Fälle von Menschenhandel, die aufgeklärt werden konnten. Das heisst aber auch, und das gibt der Regierungsrat offen zu: Die Dunkelziffer dürfte beim Menschenhandel auch heute noch hoch sein.

Mit falschen Versprechen hergelockt

Die Masche ist oftmals ähnlich. Menschen, oftmals sind es junge Frauen, werden mit falschen Versprechen in die Schweiz gelockt. Hier angekommen, schulden sie den Schleppern bereits viel Geld. Gleichzeitig wollen sie ihre Familien in der Heimat unterstützen. Und so nimmt die Ausbeutung ihren Lauf. Oftmals im Sexgewerbe, aber auch im Gastgewerbe, in Imbissbuden oder in Alkoholhandels- oder Dienstleis-



EVP-Kantonsrat André Wyss brachte den Ball ins Rollen.

Bild: zvg

tungsbetrieben kommt es zu Arbeitsausbeutung.

Das Bewusstsein für diese Art der Kriminalität sei in der Öffentlichkeit, aber auch bei den Behörden noch nicht ausreichend vorhanden, schreibt die Regierung. Was besonders verheerend ist, weil sich Opfer fast nie von sich aus melden, sondern darauf angewiesen sind, dass verdächtige Beobachtungen von Dritten der Polizei gemeldet werden. Alles in allem steht der Kanton Solothurn in

der Bekämpfung von Menschenhandel zwar nicht schlechter da als andere Kantone. Im Gegenteil, vergleichsweise wird hier viel getan. Trotzdem fordert EVP-Kantonsrat André Wyss weitere Massnahmen.

Nur mit mehr Polizisten realistisch

«Neben den seelischen, körperlichen und finanziellen Schäden für die Direktbetroffenen führen solche Delikte oft auch zu grossen negativen Folgen für die Wirtschaft und den Staat (zum Beispiel Steuerausfälle oder Sozialbetrug), wodurch die Bevölkerung insgesamt mitbetroffen ist», begründet er seinen Auftrag an die Regierung. Er verlangt die Erarbeitung eines Strategiepapiers, um in der nächsten Legislatur (2025-2029) den Menschenhandel und die Arbeitsausbeutung noch stärker zu bekämpfen.

Die Regierung steht hinter dieser Idee, wie sie am Dienstag mitteilte. Gleichzeitig gab sie

aber zu bedenken, dass die stärkere Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung nur bei genügend Personal bei der Polizei realistisch sei. Denn: «Der aktuelle Korpsbestand reicht weder für die angemessene Ausübung der präventiven noch der repressiven Tätigkeiten aus.» Darum sollen im Strategiepapier auch die finanziellen Auswirkungen aufgezeigt werden.

In einem Punkt will die Regierung aber bereits aktiv werden und nicht erst die nächste Legislaturperiode abwarten. Aktuell ein Problem sei, dass die Polizei nur Sexbetriebe betreten und kontrollieren darf. In anderen Betrieben, in denen es ebenfalls zu Menschenhandel kommen kann, darf sie das nur im Rahmen eines Strafverfahrens. Präventive Kontrollen, die gerade für die Aufklärung solcher Delikte so zentral sind, sind also nicht möglich.

Darum ist geplant, das geltende Wirtschafts- und Arbeits-

gesetz entsprechend zu überarbeiten. Das öffentliche Vernehmlassungsverfahren werde demnächst gestartet.

Nachbarn, Lehrer und Gemeinden sind zentral

Doch selbst wenn die Gesetze geändert werden und die Polizei mehr Ressourcen erhalten sollte: Die Bekämpfung von Menschenhandel bleibe eine grosse Herausforderung, so die Regierung. Gerade eben, weil sich die Opfer selten von sich aus bei der Polizei melden. «Zur repressiven Bekämpfung sind Polizei und Staatsanwaltschaft deshalb auf Hinweise und Meldungen Dritter angewiesen.»

Nur mit Hinweisen von Nachbarn, Lehrpersonen, Ärzten, Einwohnergemeinden oder Behörden kann die Polizei Ermittlungen aufnehmen. Darum: «Die genannten Stellen müssen sich ihrer eminenten Bedeutung klar bewusst sein und ihren Aufgaben aktiv nachkommen.»

«Die Prämiensituation ist inzwischen untragbar»

Remo Ankli, Franziska Roth und Pirmin Bischof kreuzten im Wahltalk rhetorisch die Klagen.



Will für die FDP den Ständeratssitz zurückholen: Bildungsdiirektor Remo Ankli.

Bild: Bruno Kissling



Will den Sitz von Roberto Zanetti verteidigen: Nationalrätin Franziska Roth.

Bild: Bruno Kissling



Seine Wiederwahl gilt als gesichert: Ständerat Pirmin Bischof.

Bild: Bruno Kissling

Raphael Karpf

Am 22. Oktober wird gewählt, der Wahlkampf ist inzwischen in vollem Gange. Vergangene Woche stellten sich die Ständeratskandidaten der Grünen, der GLP und der SVP im «TalkTäglich» von TeleM1 den Fragen von Rolf Cavalli. Und nun kreuzten auch noch die anderen drei rhetorisch ihre Klagen: der bisherige Ständerat Pirmin Bischof (Mitte), SP-Nationalrätin Franziska Roth und FDP-Regierungsrat Remo Ankli.

Von der Frage, ob er denn überhaupt Wahlkampf mache, da seine Wiederwahl doch eigentlich als gesichert gilt, liess sich Bischof ebenso wenig aus der Ruhe bringen wie von der Frage, ob er, der für die vierte Legislatur kandidiert, eigentlich ein Sesselkleber sei. Er würde gerne nochmals vier Jahre machen, entgegnete er auf letztere Frage. Bekomme man im Ständerat doch gerade im Alter die interessantesten Kommissionssitze.

Von den bisher für sie schlecht ausfallenden Wahlprognosen wollte sich Franziska Roth nicht entmutigen lassen. «Ich muss jetzt zeigen, dass ich gerne Wahlkampf mache», gab sie sich kämpferisch. Und auch wenn die Fussstapfen von Roberto Zanetti gross seien: Es sei nicht unmöglich, diese auszufüllen.

Auch Remo Ankli wollte der neulich erschienenen Wahlprognose (in der er sehr gut abschnitt) nicht allzu viel Bedeutung beimessen. Die Frage, ob er, der selten kritisiert wird, eigentlich niemandem wehtue, um dies zu erreichen, wollte er allerdings nicht unerwidert lassen: «Als Regierungsrat ist es unmöglich, niemandem wehzutun. Das merke ich tagtäglich, wenn ich meine Post oder die Zeitung lese.»

Wie die Gesundheitskosten senken?

Ein Thema, das die bevorstehenden Wahlen mitentscheiden dürfte, sind die stetig steigenden

Gesundheitskosten. Was läuft falsch? Die Frage ging an Bischof. Er entgegnete: «Wir haben ein teures Gesundheitswesen, ja, aber auch das beste von Europa.» Aber es stimme, die Prämiensituation sei inzwischen untragbar. Darum müsse man an der Wurzel ansetzen.

Doch was genau die Wurzel des Problems ist und welche Wurzelbehandlung helfen könnte: Da wurden sich die drei nicht einig. Ein Problem sah Ankli bei den verschiedenen Interessengruppen in Bern: «Sie gehen nicht aufeinander zu, darum ist kein Kompromiss möglich.»

Das wollte Bischof, der unter anderem Mitglied der Gesundheitskommission ist, nicht so stehen lassen. Bei der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen sah er grosses Potenzial, um Kosten zu sparen. Und just dort habe man neulich einen Kompromiss schmieden können, der nun «hoffentlich verhebt».

Denn bisher hätten sich Krankenkassen und Kantone die Kosten gegenseitig abgeschoben. Würde es ein einheitliches Finanzierungsmodell geben, würde sich dies nicht mehr lohnen. Tatsächlich setzte auch Ankli grosse Hoffnungen in diesen Ansatz.

Ganz woanders ansetzen wollte hingegen Franziska Roth: «Wir müssen endlich Transparenz schaffen. Die Medikamentenpreise dürfen nicht in der schwarzen Kammer ausgehandelt werden. Und es braucht ein Monitoring, wo es eine Überversorgung gibt und wo unnötig operiert wird.» Dass es heute kaum Transparenz im Gesundheitswesen gebe, sei ein Problem.

Genügend Strom, aber auch sauberer Strom: Dilemma?

Schliesslich wurden noch die Themen Energiewende und steigende Energiekosten angesprochen. Ein Dilemma? Die Frage ging an die SP-Nationalrätin. Keineswegs, entgegnete Roth. Die Schweiz könne es sich

leisten, sich zu verschulden, um massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren. Auch wenn das jetzt koste: langfristig profitiere man davon.

Investieren ja, entgegnete Ankli, alleine mit dem Ausbau erneuerbarer Energien sei es aber nicht getan. Gerade im Winter würde dann künftig Strom fehlen. Bischof sah es ähnlich: «Die Winterstromlücke ist mit Photovoltaik alleine nicht gelöst. Wir müssen froh sein, wenn die Atomkraftwerke am Netz bleiben.» Das wiederum war Wasser auf Anklis Mühlen, der sich dafür stark machte, eine neue Generation von Atomkraftwerken nicht im Vorhinein zu verbieten. Spätestens jetzt wirkten Bischof und Ankli bereits wie ein gut eingespieltes Duo.

Und so war es nochmals an Roth, entgegenzuhalten: «Wir haben den Atomausstieg beschlossen. Es ist belegt, dass wir die Versorgungssicherheit auch mit erneuerbaren Energien sicherstellen können.»

Spezialkontrolle Elektrofahrzeuge

Kantonspolizei Verschiedene Elektro- und Trendfahrzeuge sind problemlos erhältlich. Dabei stellt die Polizei vermehrt fest, dass viele Lenkende solcher Fahrzeuge die geltenden Verkehrsvorschriften nicht kennen oder diese missachten. Zudem nehmen Unfälle mit Beteiligung solcher Fahrzeuge zu. Das schreibt die Polizei in einer Mitteilung. Deshalb haben Mitarbeitende der Kantons- und der Stadtpolizei Solothurn am 11. September Spezialkontrollen durchgeführt und mehrere Dutzend Personen kontrolliert. Dabei wurden rund 20 Personen angehalten, die einen E-Scooter gelenkt haben, ohne den entsprechenden Führerausweis (Kat. M oder G) zu besitzen oder das Mindestalter (14 Jahre) für das Führen solcher Fahrzeuge noch nicht erreicht haben. (pks)

Hyperlinks weiterhin ermöglichen

Vernehmlassung Der Regierungsrat unterstützt die geplanten Änderungen des Urheberrechtsgesetzes, wie er in einer Mitteilung schreibt. Im Zentrum steht der Schutz von journalistischen Veröffentlichungen. Positiv wird hervorgehoben, dass die Verwendung von kurzen Auszügen, so genannten Snippets, mit einer pauschalen Abgabe abgegolten werden sollen. Als wichtig beurteilt der Regierungsrat zudem, dass sich für Nutzer und Nutzerinnen im Internet keine Änderungen ergeben. Diese sollen wie bisher Hyperlinks (Verknüpfungen mit Dateien) setzen können. Was neue Entwicklungen, wie etwa die künstliche Intelligenz angeht, verlangt die Regierung eine Analyse. (szr)